

Wirksamkeit der Feinstaub-Maßnahmenpakete

EINE ENTTÄUSCHENDE BILANZ



Zusammenfassung

Aufgrund der zahlreichen Feinstaub-Grenzwertüberschreitungen in den vergangenen Jahren sind laut Immissionsschutzgesetz-Luft die Bundesländer dazu verpflichtet, Maßnahmenpakete zu erstellen. Ziel dieser Maßnahmenpakete ist es, festzulegen wie die Feinstaubbelastung reduziert werden soll.

Problematisch ist allerdings, dass im Gesetz nicht vorgeschrieben wird, die Wirksamkeit der Maßnahmen zu berechnen. Somit ist unklar inwieweit die Feinstaubbelastung wirklich reduziert werden wird. Es gibt auch keine Fristen für die Umsetzung.

Greenpeace hat jetzt die Maßnahmenpakete der Bundesländer auf ihre Wirksamkeit hin durchgerechnet.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Gerade da, wo die Probleme am größten sind – im Verkehrssektor – sind die Maßnahmen am wenigsten wirksam. Die größte Feinstaubreduktion findet im Industriesektor statt, und geht auf das Konto einiger weniger Industriestandorte.

Auch die Maßnahmen, die bisher vom Bund gesetzt wurden, zeigen bisher nur eine beschränkte Wirksamkeit. So bringt die Spreizung der NoVA (Normverbrauchsabgabe) mit einem Steueranreiz für Fahrzeuge mit Partikelfilter derzeit nur eine Reduktion der Feinstaubemissionen von in etwa 25 Tonnen pro Jahr.

Die bedeutendsten Reduktionen könnten dadurch erreicht werden, dass PKW und LKW erst gar nicht fahren. Die hierzu notwendigen Maßnahmen werden derzeit kaum gesetzt. Somit ist nicht zu erwarten, dass das Feinstaubproblem bald gelöst sein wird.

Februar 2006

Greenpeace fordert:

- **Einführung eines Feinstaub-Warnsystems, basierend auf Ultra-Feinstaub PM2.5**
- **Einführung von Umweltzonen, wo an Tagen mit Feinstaubalarm selektive Fahrverbote gelten**
- **Einführung von Roadpricing und Citymaut, kombiniert mit einer intensiven Verbesserung der Öffentlichen Verkehrsmittel**
- **Verpflichtende Einführung von Partikelfiltern**
- **Erhöhung der Dieselsesteuerung**
- **Straßenbau-Moratorium**

Das Feinstaubproblem in Österreich: ein Verkehrsproblem

Die Messstellen mit der höchsten Feinstaubbelastung sind fast ausschließlich verkehrsnah, in Städten gelegene Messstellen: von den 58 (von insgesamt 104) Messstationen, die 2005 mehr Grenzwertüberschreitungen aufwiesen, als maximal erlaubt, liegen nur einige wenige in einer verkehrssarmen Umgebung.

In einigen Städten (Linz, Leoben, Brixlegg) ist die Industrie der größte Verursacher der Feinstaubbelastung, in den anderen Städten ist dies jedoch der Verkehr.

Die Top-10 der Messstationen mit den meisten Grenzwertüberschreitungen zeigt, dass die verkehrsnahen Messstellen überwiegen. Aber hier ist nicht nur die Feinstaubbelastung höher, sondern auch die Anzahl der betroffenen Menschen, da es sich um städtische Gebiete handelt.

Die Messstationen mit den meisten Grenzwertüberschreitungen:

2005		2006 (bis 18.2.)	
Graz – Don Bosco	127	Graz – Don Bosco	39
Graz – Mitte	112	Graz – Mitte	36
Graz-Süd – Tiergartenweg	95	Graz – Nord	32
Wien – Rinnböckstr.	92	Innsbruck – Reichenau	31
Klagenfurt – Völkermarkter Str.	82	Wien – Stadlau	31
St. Pölten – Europaplatz	82	Wörgl – Stelzhamerstr.	28
Wien – Liesing	78	Wien – Floridsdorf	26
Vösendorf (NÖ)	76	Hall i.T. – Münzergasse	26
Weiz (St)	75	Oberwart – Brunnenfeld	25
Wien – Taborstr.	73	Voitsberg – Mühlgasse	25

(Quelle: Umweltbundesamt)

Maßnahmenpakete

Um die Feinstaubbelastung zu reduzieren sind die Bundesländer verpflichtet, Maßnahmenpakete zu beschließen und umzusetzen, wobei sich zwei Kritikpunkte ergeben: erstens sind sie nicht verpflichtet, zu berechnen, wie groß die Feinstaubreduktion tatsächlich sein wird und zweitens gibt es keine Fristen für die Umsetzung der Maßnahmenpakete.

Die Folge davon ist, dass jetzt zwar eine Reihe von Maßnahmenpaketen vorliegt, aber unbekannt ist ob die Feinstaubbelastung auch in dem Maße reduziert werden wird, dass die Grenzwerte in Zukunft eingehalten werden können.

Problematisch ist, dass bei den meisten Bundesländern nicht bekannt ist, wie hoch deren Gesamtemissionen sind. Somit ist auch nicht bekannt, wie stark die Emissionen reduziert werden müssen. Es muss auch angemerkt werden, dass viele Maßnahmen, die jetzt als Teil eines Feinstaub-Aktionsprogramms präsentiert werden, bereits im Rahmen von anderen Programmen umgesetzt werden oder wurden. Ein Beispiel seien die Förderungen für den Heizkesseltausch, als Teil eines Klimaschutzpaketes.

Obwohl von allen Bundesländern bereits Maßnahmenpakete vorliegen müssten, sind das Burgenland und Kärnten immer noch säumig.

Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmenpakete

Um einen besseren Überblick über die Wirksamkeit der Maßnahmen zu bekommen, hat Greenpeace die bereits vorliegenden Maßnahmenpakete durchgerechnet, sofern keine Berechnungen des Landes selbst vorlagen. (Dies war nur bei der Steiermark der Fall.)

Da die meisten Maßnahmen sich auf Verkehr, Industrie, Hausbrand und Winterdienst beziehen, werden diese in eigenen Spalten ausgewiesen. Allfällige sonstige Maßnahmen werden in der Spalte „Bundesland gesamt“ subsumiert.

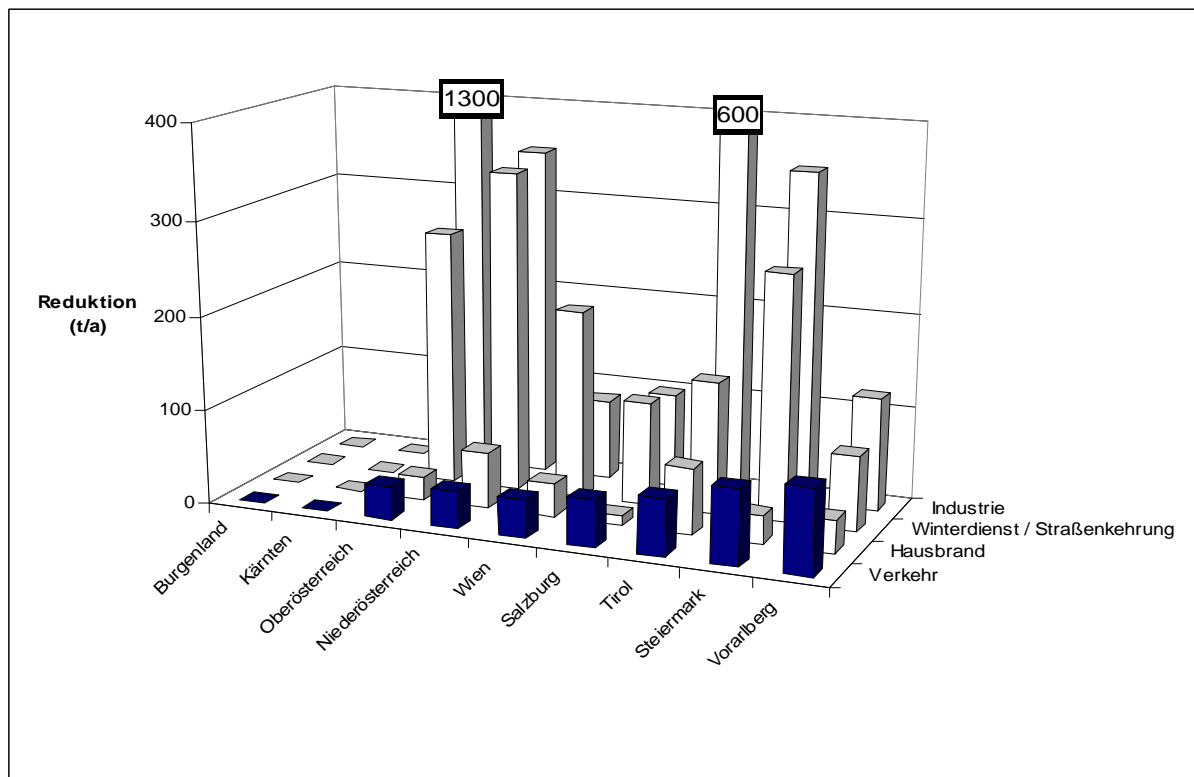
Es mussten viele Annahmen getroffen werden über die Wirksamkeit einer bestimmten Maßnahme. So ist zum Beispiel nicht konkret anzugeben, wie viele Menschen als Folge der Maßnahme „Förderung des Radverkehrs“ tatsächlich das Auto stehen lassen werden. Hier mussten Schätzungen getroffen werden.

Insgesamt wird deutlich, dass bei den Maßnahmen der Verkehr weitgehend außer Acht gelassen wird. Die größten Reduktionen werden bei wenigen Industrieanlagen, vor allem bei der Voest in Linz (1300 t/a) erreicht.

In verschiedenen Bundesländern wird als Maßnahme auch die Koordination von Verkehrsplanung, Raumplanung und Luftreinhaltung angeführt (z.B. eine Beschränkung der Errichtungen von Einkaufszentren außerhalb von Bebauungskernen). Obwohl dies an sich eine sehr sinnvolle Maßnahme ist, bewirkt es keine Reduktion der Feinstaubemissionen, sondern verringert nur ihren weiteren Anstieg.

Die Feinstaubreduktion in den verschiedenen Bundesländern:

Werte in Tonnen pro Jahr	<i>Verkehr</i>	<i>Hausbrand</i>	<i>Industrie</i>	<i>Winterdienst / Straßenkehrung</i>	<i>Bundesland - gesamt</i>
Burgenland	-	-	-	-	-
Kärnten	-	-	-	-	-
Oberösterreich	35	25	1300	270	1630
Niederösterreich	40	60	350	340	820
Wien	40	35	85	200	360
Salzburg	50	10	100	110	300
Tirol	60	70	600	140	915
Steiermark	80	30	350	260	710
Vorarlberg	90	35	120	80	325
Maßnahme - gesamt	395	265	2820	1400	5060



Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmenpakete in den einzelnen Bundesländern

Burgenland, Kärnten

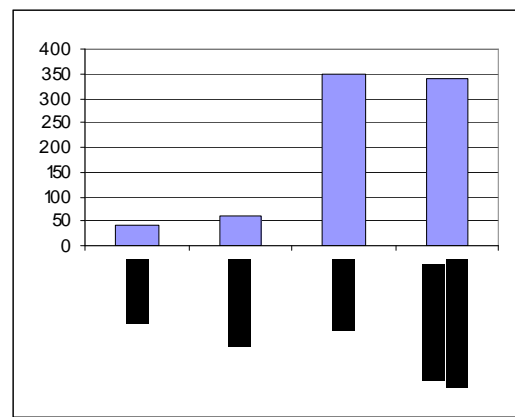
Bis heute liegen keine Maßnahmenpakete vor.

Niederösterreich

Die Maßnahmen im Verkehrssektor beschränken sich im Wesentlichen auf den Erwerb saubererer Fahrzeuge für den Landesdienst, (undeutliche) Förderungsmaßnahmen für den Fahrrad- und öffentlichen Verkehr, und bewusstseinsbildende Maßnahmen.

Größere Wirkung zeigen vermutlich Maßnahmen im Winterdienst und in der Industrie.

Die Maßnahmen im Hausbrand werden teilweise auch bereits als Teil eines Klimaschutzpakets umgesetzt.



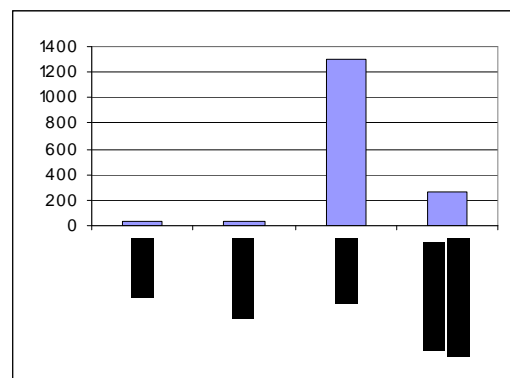
Oberösterreich

In Oberösterreich fällt vor allem die Staubreduktion der Voest ins Gewicht: Hier werden die Emissionen um 1300 Tonnen reduziert.

Die Reduktionen beim Hausbrand durch z.B. eine Förderung für Kesselumtausch laufen bereits seit Jahren und werden nur teilweise mitgerechnet.

Ein Förderprogramm für Partikelfilter bringt im Verkehr eine geringe Reduktion, sonst beziehen sich die Verkehrsmaßnahmen hauptsächlich auf Bereiche, die nicht sehr ins Gewicht fallen.

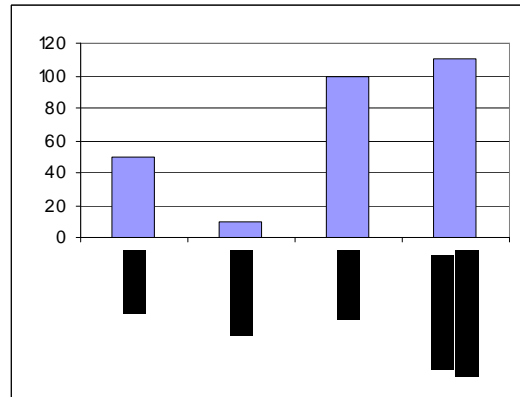
Änderungen beim Winterdienst bringen vermutlich eine Reduktion um einige Hundert Tonnen pro Jahr.



Salzburg

Die Maßnahmen im Verkehrssektor liefern an und für sich einen bescheidenen Beitrag. Am wirksamsten erweisen sich Maßnahmen um den Gütertransport auf die Schienen zu bringen, falls diese Maßnahmen auch tatsächlich funktionieren.

Die größte Reduktion wird durch Maßnahmen im Winterdienst und bei der Industrie erreicht.

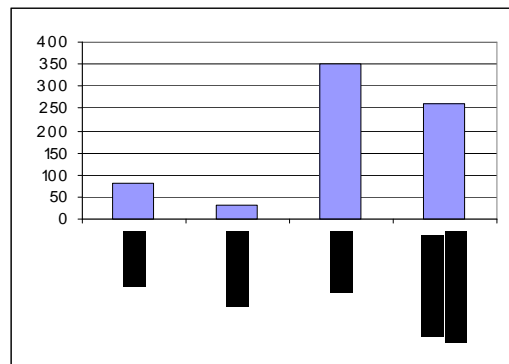


Steiermark

Als einziges Bundesland hat die Steiermark berechnet, wie sich das Maßnahmenpaket auswirkt. Diese Berechnungen wurden übernommen.

Auch hier finden die meisten Reduktionen in der Industrie und beim Winterdienst statt.

Es werden relativ viele Maßnahmen im Verkehr gesetzt, die allerdings nur eine geringe Reduktion bewirken. Der größte Beitrag würde von einer Förderung für Partikelfilter-Nachrüstung kommen. Diese Maßnahme ist allerdings sehr teuer und wird nur wenig genutzt, wodurch die Wirksamkeit sehr beschränkt ist.

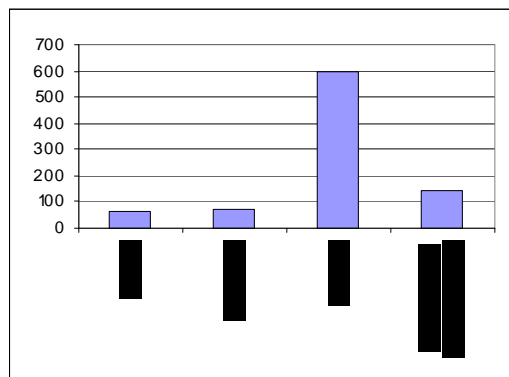


Tirol

Zu erwarten ist, dass eine verschärfte Kontrolle und strengere Richtlinien bei Anlagen in der Industrie eine beachtliche Reduktion bewirken wird.

Auch Maßnahmen im Hausbrand und effizientere Straßenstreuung beschränken die Emissionen.

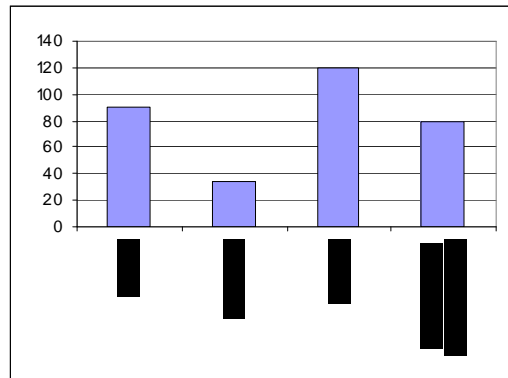
Tempobeschränkungen und sauberere Fahrzeuge bringen eine geringe Reduktion beim Verkehr. Weitgehend außer Acht gelassen wird allerdings der Güterverkehr, obwohl mit verstärkten Kontrollen, Tempobeschränkungen, Fahrverboten bei Feinstaubalarm usw. vermutlich ein beachtlicher Teil vom LKW-Güterverkehr auf die Bahn gelenkt werden könnte.



Vorarlberg

Wie in den meisten Bundesländern sind auch in Vorarlberg die stärksten Reduktionen in Industrie und Winterdienst zu erwarten.

Wenn die geplante Forcierung des umweltverträglichen Güterverkehrs funktioniert, können die Emissionen relativ stark verringert werden. Eine Reihe weitere Maßnahmen, vor allem die Nachrüstung von LKW mit Filter, bringen weitere Reduktionen. Die Entlastung von Ortsdurchfahrten könnte sich als kontraproduktiv erweisen, wenn durch Umfahrungen der Verkehr zunimmt.



Wien

Die größte Reduktion wird bei der Industrie (meist Bauwirtschaft) und beim Winterdienst erreicht.

Die Reduktionen bei Hausbrand halten sich in Grenzen, da das Fernwärmenetz bereits weitgehend ausgebaut ist und viel mit Gas geheizt wird.

Die Reduktionen im Verkehr sind sehr beschränkt. Das Maßnahmenpaket enthält zwar sinnvolle Tempobeschränkungen, aber es fehlen Maßnahmen, die das Verkehrsvolumen wirklich reduzieren.

